

Kommunalpolitischer Jahresrückblick 2023 von Bürgermeister Mario Storz

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie in jedem Jahr möchte ich auch in diesem Jahr in der letzten Sitzung des Gemeinderates zum Jahresende einen Rückblick auf die Themen und Ereignisse in unserer Gemeinde halten und einen kleinen Ausblick auf das neue Jahr wagen:

Das Jahr 2023 war leider, wie die Jahre zuvor, wieder von multiplen Krisen und Herausforderungen geprägt die sich bis auf die kommunale Ebene ausgewirkt haben.

Damit einher gehen inzwischen besonders jene Themen, die wir in den vergangenen Jahren in einem zum Glück friedlichen Europa aus dem Blickfeld verloren haben: die Verbesserung des Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutzes, die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und damit auch der Schutz der kritischen Infrastruktur, die digitale Sicherheit aber auch der Erhalt und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit sowie auch die Sicherung der Energieversorgung.

Neben den anhaltend hohen Energiepreisen und einer Inflation auf hohem Niveau sind ein stetig steigender Aufwandszuwachs, immer neue und dabei unterfinanzierte Rechtsansprüche, zunehmend überbordende bürokratische Vorschriften, ein spürbarer Mangel an Fach- und Arbeitskräften sowie die anhaltende, überaus große Herausforderung bei der Unterbringung von Geflüchteten ständige Begleiter der öffentlichen Verwaltung.

Nicht ohne Grund hat in diesem Jahr der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg Steffen Jäger auf der Hauptversammlung des Gemeindetags der Politik klar und deutlich signalisiert, dass die Städte und Gemeinden bereits über der Belastungsgrenze angekommen sind und die Politik endlich erkennen muss, dass ein „Weiter so“ nicht möglich ist.

Und Präsident Jäger hat seine Rede auch unter die Überschrift gestellt: „**Städte und Gemeinden – Orte der Wirklichkeit**“.

Damit ist ganz unzweifelhaft gemeint, dass all diese Themen und vor allem deren Auswirkungen am Ende des Tages für die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte und Gemeinden in ihrem alltäglichen Leben, hier, bei uns vor Ort spürbar werden. Die Städte und Gemeinden waren in all den Jahren immer zuverlässige Partner bei der Lösung von Problemen und beim Meistern von Herausforderungen. Sowohl der Bund als auch das Land konnten sich am Ende immer darauf verlassen, dass es die Städte und Gemeinden irgendwie hinbekommen und das war auch unser Anspruch, unser Ansporn, ja unser Selbstverständnis.

Dies wird künftig so nicht mehr möglich sein, vor allem dann nicht, wenn die jeweilige Aufgabenerfüllung durch immer mehr rechtliche Vorgaben von Europa, vom Bund und vom Land bis ins kleinste Detail reglementiert und vorgeschrieben wird.

Der im kommunalen Alltag oftmals notwendige und vorherrschende Pragmatismus, um Angelegenheiten unkompliziert zu regeln, wird hierdurch im Keim erstickt und eine effiziente und effektive Aufgabenerledigung wird oftmals zum Leidwesen der Bürgerinnen und Bürger unnötig erschwert oder gar unmöglich gemacht.

Wenn sich hier in den kommenden Jahren nichts wesentlich verändert, werden wir die großen, anstehenden Themen wie Breitbandausbau und Digitalisierung, Transformation der Wirtschaft, Ausbau der erneuerbaren Energien und der dazugehörige Stromnetzausbau sowie die Mobilitäts- und Wärmewende niemals erfolgreich meistern können.

Rein theoretische Ansätze sowie idealtypische Betrachtungsweisen und darauf basierende Regelwerke bremsen und verhindern in diesem Zusammenhang mehr eine notwendige Entwicklung, als dass ein wirksamer Beitrag zum Gelingen geleistet wird.

Das **Thema Migration** und die steigende Zahl an Flüchtlingen bringt auch uns als Gemeinde immer mehr an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und das in mehreren Bereichen: Bei der Suche und bei der Schaffung von Wohnraum zur Unterbringung von Geflüchteten, bei der An-, Ab- und Ummeldung sowie der damit verbundenen Prüfungen und Dienstleistungen im Rathaus, bei der Betreuung und Begleitung durch unsere Integrationsmanagerinnen sowie durch das Ehrenamt und nicht zuletzt auch bei der Unterbringung und Integration von Kindern in den Schulen und Kindergärten.

Geeigneter Wohnraum zur **Unterbringung von Flüchtlingen** ist in Engstingen eindeutig Mangelware und nach wie vor leben die in den Jahren 2015 / 2016 zu uns gekommenen Menschen noch immer in den von der Gemeinde bereitgestellten Wohnungen. Trotz intensiver Beratung und Begleitung durch haupt- und ehrenamtliche Kräfte haben viele dieser Menschen nicht die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erreicht, die nötig wäre, um sich um ihre Angelegenheiten selbst zu kümmern und sich eine Existenz ohne staatliche oder kommunale Unterstützung aufzubauen. Natürlich gibt es auch positive Beispiele die zeigen, wie Integration mit persönlichem Willen, mit Engagement und Leistungsbereitschaft erfolgreich gelingen kann, keine Frage. Wir müssen aber auch feststellen, dass die Integration oftmals eben nicht so gelungen ist, wie wir uns das vielleicht gewünscht hätten und die nun wieder sehr hohe Anzahl an Geflüchteten, die wir wiederum unterbringen und betreuen müssen, übersteigt unsere Kapazitäten derzeit deutlich. Die Politik ist auch hier klar gefordert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Akzeptanz bei diesem Thema nicht vollständig verloren gehen. Wie rau der Ton bei diesem Thema inzwischen geworden ist, spüren wir Verantwortlichen auf der kommunalen Ebene beinahe täglich. Ein „weiter so“ ist hier schlichtweg nicht mehr möglich! Mit

dieser Auffassung stehe ich übrigens nicht alleine da, sondern diese Meinung teilen alle meine Kolleginnen und Kollegen in Landkreis, wie wir in einem offenen Brief an die Landes- und Bundespolitik auch mehr als deutlich gemacht haben.

Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle der **Engstinger Hilfe e.V.** aussprechen, die sich inzwischen seit 10 Jahren ehrenamtlich um die Betreuung und Begleitung geflüchteter Menschen in Engstingen kümmert. Ohne diese Unterstützung wäre in den vergangenen Jahren vieles anders gelaufen oder schlichtweg nicht möglich gewesen. Daher herzlichen Dank für dieses wertvolle Engagement.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch wenn wir auf die großen Stellschrauben der Politik nur wenig Einfluss nehmen können und als Gemeinde immer mehr zum Spielball am Ende der Nahrungskette mutieren, so können wir dennoch feststellen, dass wir mit unseren Mitteln und Möglichkeiten im vergangenen Jahr an der einen oder anderen Stelle wieder etwas bewegen und Weiterentwickeln konnten, bzw. auch Entscheidungen herbeiführen mussten:

Das absolut dominierende kommunalpolitische Thema war im ersten Halbjahr dieses Jahres das Thema Ausbau der Windenergie und damit die Entscheidung zur Verpachtung von gemeindeeigenen Flächen an die Windkraft Schonach GmbH zum **Bau von Windenergieanlagen**.

Nachdem bereits im Herbst 2022 ein umfangreicher Informationsprozess und Bürgerdialog zu diesem Thema durchgeführt wurde, hat der Gemeinderat schließlich im Januar 2023 die Verpachtung von drei gemeindeeigenen Flächen an den Standorten Hau, Scheiterhau/Neubuch und Schönbergle zum Bau von drei Windenergieanlagen beschlossen.

Diese Entscheidung war einerseits notwendig geworden, weil der Staatsforst Baden-Württemberg und die Gemeinde Gomadingen im direkt angrenzenden Bereich auf der Gemarkung Gomadingen Windkraftanlagen bereits planen und auch bauen.

Andererseits waren und sind auf Grund der Klimaschutzziele der Bundes- und Landesregierungen sowie der inzwischen geltenden gesetzlichen Regelungen zum Klimaschutz, auch die Städte und Gemeinden dazu aufgefordert, auf ihren Gemarkungen Flächen zum Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen.

Um hier die verbliebene Steuerungsmöglichkeit wahrzunehmen und auch um die Vorrangflächen für Windenergie zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger auf Flächen der Gemeinde zu etablieren, hatte der Gemeinderat mehrheitlich die Aufnahme von Vertragsverhandlungen zur Verpachtung der drei Standorte an die Windkraft Schonach GmbH beschlossen.

Gegen diesen Beschluss des Gemeinderates richtete sich schließlich ein **Bürgerbegehren** einer Bürgerinitiative gegen den Bau von Windkraftanlagen mit dem Ziel, einen **Bürgerentscheid** in dieser Angelegenheit durchzuführen. Da das notwendige Quorum deutlich erreicht wurde, hat der Gemeinderat im Anschluss entschieden, einen Bürgerentscheid am 25.06.2023 zu diesem Thema durchzuführen.

Vor allem in den Wochen vor dem Bürgerentscheid wurde das Thema „Windkraft“ in unserer Gemeinde sehr kontrovers und auch sehr hart diskutiert. Das uneinheitliche Stimmungsbild zeigte sich auch bei einer weiteren Einwohnerversammlung am 19.06.2023 im Vorfeld der Entscheidung.

Mit Spannung wurde dann das Abstimmungsergebnis durch die Bürgerinnen und Bürger am 25.06.2023 erwartet: Im Ergebnis haben sich 69,42 % der Bürgerinnen und Bürger für die Verpachtung der Flächen zum Bau von Windenergieanlagen ausgesprochen, 30,58 % waren gegen die Verpachtung.

Heute lässt sich sagen, dass diese Entscheidung richtig war, denn der Regionalverband Neckar-Alb hat inzwischen die von uns gemeldeten Flächen im Bereich Hau, Scheiterhau/Neubuch und Schönbergle in den Anhörungsentwurf für seine **Regionalplanung zur Ausweisung der Vorganggebiete für erneuerbare Energien** übernommen. Weitere Vorranggebiete sind auf unserer Gemarkung hingegen nicht vorgesehen. Es war also der richtige Weg, den noch verbliebenden Entscheidungs- und Steuerungsspielraum der Gemeinde zu nutzen und dieses Thema nicht anderen Stellen zu überlassen. Derzeit laufen die Vertragsverhandlungen mit der Windkraft Schonach GmbH und ich denke, dass wir diese im ersten Quartal 2024 werden abschließen können.

Doch mit dem Ausbau der Windenergie oder der Freiflächen-Photovoltaik alleine ist es nicht getan: Parallel muss nun auch der notwendige **Netzausbau** erfolgen um die erzeugte Energie auch einspeisen und ableiten zu können.

Dies ist eine Mammutaufgabe für die Netzbetreiber und ich bezweifle ernsthaft, dass dieser Ausbau in der hierfür notwendigen Geschwindigkeit gelingen kann. Wenn man weiß, wie zäh und langwierig Genehmigungsverfahren auch für Infrastrukturprojekte im Außenbereich sind, dann kann man sich ausmalen, welche Herausforderung dies für den Netzausbau und für das Gelingen der Energiewende bedeutet. Wenn wir es hier nicht schaffen, schneller, flexibler, lösungsorientierter und kompromissbereiter zu werden, dann wird sich die Energiewende noch über lange Jahre hinziehen und das wiederum würde die Energieversorgung Deutschlands in eine ernsthafte Zwickmühle bringen. Ernsthafte, als die Lage in diesem Bereich derzeit ohnehin schon ist.

Die Bewerbung der Gemeinde Engstingen um eine **Aufnahme in das Biosphärengebiet Schwäbische Alb** hat uns ebenfalls im ersten Quartal des nun vergangenen Jahres intensiv beschäftigt. Nach verschiedenen Informationsveranstaltungen für Landwirte und Gemeinderäte sowie nach einem Bürgerworkshop zu diesem Thema am

22.03.2023 hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 29.03.2023 beschlossen, eine Bewerbung um Aufnahme in das Biosphärengebiet abzugeben und den Beitrittsprozess zu starten. Ob die Gemeinde Engstingen dann tatsächlich Teil des Biosphärengebiets Schwäbische Alb wird oder ob ein Beitritt vielleicht doch nicht vollzogen wird, hängt ganz maßgeblich von den derzeit laufenden Gesprächen im Hinblick auf die Zonierung der einzelnen Gebiete und Bereiche auf unserer Gemarkung ab. Hier ist aus Sicht der Verwaltung derzeit noch alles offen und es wird spannend, wie sich dieses Thema weiter entwickeln wird.

Unsere Lärmspaziergänge zur Bürgerbeteiligung im Rahmen **unserer Lärmaktionsplanung** entlang der Ortsdurchfahrten der B 313 in Großengstingen und der B 312 in Kleinengstingen haben wir im April 2023 durchgeführt. Zusammen haben wir uns einen Eindruck von der Stärke des Verkehrslärms an unseren Ortsdurchfahrten verschafft und das Büro Modus Consult hat zahlreiche Anregungen und Rückmeldungen aus der Bürgerschaft aufgenommen. Nach einer gründlichen Auswertung werden wir uns in einer der nächsten Sitzungen mit der Fortführung der Lärmaktionsplanung, bzw. mit dem Entwurf für einen Lärmaktionsplan beschäftigen. Dieser wird dann anschließend erneut in eine öffentliche Beteiligungsrunde gehen.

Ausgebremst wurden wir in diesem Jahr bei der **Vermarktung unserer Bauplätze im Neubaugebiet „Schafäcker“**, Großengstingen: Obwohl die Bauplätze inzwischen erschlossen und im Grundbuch eingetragen sind, konnten wir die Vermarktung und den Verkauf leider nicht so voranbringen, wie wir das eigentlich geplant hatten. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur **Unwirksamkeit des § 13b des Bundesbaugesetzbuchs** hat dazu geführt, dass sämtliche Bebauungspläne, die auf Grundlage dieses Paragraphen entwickelt wurden, in einen Schwebezustand geraten, bzw. in den noch laufenden Verfahren gestoppt worden sind.

Ein bislang einmaliger Vorgang, der deutschlandweit seinesgleichen sucht und der viele Städte und Gemeinden aber auch potentielle Bauherren unverschuldet in eine schwierige und unsichere Situation hineinmanövriert hat. Was vom Gesetzgeber gut gemeint war, und was die Städte und Gemeinden zur beschleunigten Ausweisung von Baugebieten zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum gerne in Anspruch angenommen haben, entpuppte sich als gravierender gesetzgeberischer Fehler, für den nun dringend Heilungsmöglichkeiten und wohl auch Schadensersatzlösungen gebraucht werden.

Für unseren Bebauungsplan Schafäcker können wir inzwischen feststellen, dass dieser wohl rechtskräftig ist und wir mit der Bauplatzvergabe nun demnächst fortfahren können. Um das Vergabeverfahren rechtssicher durchführen zu können, hat der Gemeinderat bereits im Juni 2023 die hierfür notwendigen Bauplatzvergabekriterien sowie die Anwendung der Vergabeplattform „Baupilot“ beschlossen.

Obwohl sich die Rahmenbedingungen für Bauherren in den vergangenen Monaten durch die stetig gestiegenen Baupreise und das deutlich gestiegene Zinsniveau erheblich verteuert haben, hoffen wir, die Bauplätze zum festgelegten Bauplatzpreis in Höhe von 200,- € pro Quadratmeter entsprechend veräußern zu können. Derzeit haben sich auf unserer Vergabeplattform rund 100 Interessenten registriert, ob diese sich dann auch tatsächlich um einen Bauplatz bewerben werden, bleibt abzuwarten.

Zudem muss der Gemeinderat dann im neuen Jahr noch festlegen, wie viele der inzwischen erschlossenen Bauplätze in die Vermarktung gegeben werden.

Einen guten und wichtigen Schritt haben wir beim Thema **Digitalisierung** geschafft: Derzeit wird die Website der Gemeinde Engstingen neu aufgesetzt, der Prozess hat sich jedoch seitens unseres Rechenzentrums KommOne verzögert. In Kürze wird der Verwaltung nun ein erster Entwurf für eine Designabstimmung vorliegen. Mit der Überarbeitung und Neugestaltung der Gemeinde-Website wollen wir auch den Vorgaben im Hinblick auf die Barrierefreiheit und das Online-Zugangsgesetz Rechnung tragen.

Des Weiteren wurde in diesem Jahr die Einführung des **digitalen Dokumentenmanagementsystems** „regisafe“ für die Gemeindeverwaltung beschlossen und die Einführung umgesetzt. Ein weiterer, wichtiger Schritt in Richtung papierloser Verwaltung zur Umsetzung der digitalen Vorgaben und neben dem laufenden Dienstbetrieb eine weitere Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Dank unseres **interkommunalen Digitalisierungsbeauftragten** Adrian Zeller sind wir hier inzwischen gut aufgestellt und die einzelnen Projekte können strukturiert geplant und umgesetzt werden.

Zusätzlich zum Thema Digitalisierung hat sich die Gemeindeverwaltung in diesem Jahr auch mit einer **Organisationsuntersuchung** beschäftigt. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurde festgestellt, dass die Gemeindeverwaltung in mehreren Bereichen neu organisiert werden muss, um Arbeitsabläufe und Prozesse zu verbessern und um Zuständigkeiten sowie Aufgabengebiete zeitgemäß zusammenzufassen. Dies wird insbesondere im kommenden Jahr zu spürbaren Veränderungen in der Gemeindeverwaltung und auch zu einem Zuwachs an Personal zur Erledigung der Aufgaben führen.

Ein großes Thema für die Kolleginnen und Kollegen im Rathaus ist dabei der Raum- und Platzbedarf, da die räumlichen Kapazitäten im Rathaus nahezu erschöpft sind und wir auf die Belegung anderer Räumlichkeiten, beispielsweise im Rathaus Kleinengstingen, zurückgreifen müssen.

Investiert haben wir in diesem Jahr in unserer Gemeinde auch wieder einiges:

An den gut genutzten **Gemeindeverbindungsstraßen** von Großengstingen / Kleinengstingen nach Meidelstetten sowie von der L 230 entlang des Sportplatzes zum Ortseingang Uracher Straße in Kohlstetten haben wir jeweils eine

Oberflächensanierung durchgeführt und den schlechten Zustand dieser außerörtlichen Gemeindestraßen hierdurch wesentlich verbessert. Die Kosten hierfür betragen insgesamt rund 200.000,- €.

Des Weiteren wurde die dringend notwendige **Sanierung der Verbindungstreppe** für Fußgänger zwischen der **Bergstraße und Panoramastraße** inklusive Ringschluss der Wasserleitung und Erneuerung der Kanalisation in diesem Bereich beschlossen und beauftragt. Auf Grund von fehlendem Personal und einer starken Auslastung der beauftragten Firma, hat sich dieses Projekt in der Umsetzung stark verzögert und kann voraussichtlich erst im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme liegen bei rund 210.000,- €.

Als weitere Maßnahme wurde die abschnittsweise Sanierung der Freibühlschule auch in diesem Jahr fortgesetzt: Mit dem **Austausch und der Erneuerung der Fenster im Gebäude „G“ der Freibühlschule** wurde in diesem Jahr der erste Bauabschnitt dieser Maßnahme umgesetzt, der Abschluss der Maßnahme ist dann im kommenden Jahr vorgesehen. Die Gesamtbaukosten belaufen sich hierfür auf rund 490.000,- €, als Zuschuss erhält die Gemeinde rund 85.000,- €.

Die zunehmend geänderten Wünsche aus der Bevölkerung bei der Wahl der Bestattungsform war in diesem Jahr ebenfalls Thema im Gemeinderat. Um dem Wunsch und der Nachfrage aus der Bürgerschaft zu entsprechen, hat der Gemeinderat die **Erweiterung der Urnenstelen** auf dem Friedhof in Großengstingen beschlossen. Die Kosten hierfür betragen rund 30.000,- €.

Auch im Bereich des **Gemeindebauhofs** war in diesem Jahr eine Ersatzbeschaffung eingeplant: Zur Verbesserung der Ausstattung und zur Umstrukturierung des Fuhrparks wurde die **Ersatzbeschaffung eines kommunalen Universalgeräteträgers** der Marke „Meili“ beschlossen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf rund 250.000,- €.

Viel Raum hat im vergangenen Jahr das Thema **Feuerwehr** im Gemeinderat eingenommen. Neben der Beschlussfassung zur Ersatzbeschaffung von Atemschutzgeräten für rund 20.000,- € hat vor allem die **Standortentscheidung zum Neubau eines neuen Feuerwehrhauses** viel Zeit und Raum eingenommen. In mehreren Gesprächen und Abstimmungsrunden wurde das Thema zusammen mit dem Gemeinderat, der Feuerwehr und den Fachplanern intensiv erörtert und schließlich wurde in der Sitzung am 29.11.2023 zur Standortauswahl ein Beschluss gefasst. Im Rahmen dieser Diskussion um die beiden möglichen Standorte auf dem Festplatz und im Bereich der Neuen Ortsmitte / Kleinengstinger Straße haben sowohl feuerwehrfachliche, verkehrstechnische und auch städtebauliche Aspekte in der jeweiligen Abwägung eine Rolle gespielt.

Während Feuerwehr und Bürgermeister sich klar für einen Standort im Bereich der Neuen Ortsmitte / Kleinengstinger Straße ausgesprochen haben, wurde aus der Mitte des Gemeinderates der Standort Festplatz mehrheitlich favorisiert und letztendlich auch beschlossen.

Nun gilt es möglichst, diesen Beschluss umzusetzen und gemeinsam mit der Feuerwehr ein vorschriftsmäßiges, zeitgemäßes und bedarfsgerechtes neues Feuerwehrhaus zu planen.

Die **Ersatzbeschaffung eines neuen Mannschaftstransportwagens** für die Abteilung Großengstingen konnte nun auch noch im Jahr 2023, nach zwei Jahren Liefer- und Ausbauezeit, abgeschlossen werden und wir können das Fahrzeug am Freitag, 08.12.2023 im Gerätehaus Großengstingen begrüßen.

Des Weiteren wurde inzwischen das Leistungsverzeichnis zur Ersatzbeschaffung eines LF 20 für die Abteilung Kleinengstingen mit viel akribischer Feinarbeit durch die Feuerwehr fertiggestellt und das europaweite Ausschreibungsverfahren kann hier demnächst gestartet werden.

Besonders gefordert war unsere Feuerwehr bei der Unwetterlage vom 24.08. auf den 25.08.2023 sowie beim Großbrand der Firma Roll im Gewerbepark Haid am 28.10.2023.

Dank des beeindruckenden, motivierten und fachlich hoch versierten Engagements unserer Feuerwehr konnten diese Einsatzlagen hervorragend und professionell abgearbeitet werden. Für diese Einsatzbereitschaft, für dieses Engagement und für diese Motivation bin ich unserer Feuerwehr sehr dankbar!

Mit den Anliegen des **DRK-Ortsvereins Engstingen-Hohenstein** hat sich der Gemeinderat in diesem Jahr ebenfalls beschäftigt: Für die kurzfristige und dringend notwendige **Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens** für die Bereitschaft, und damit zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Notfällen, hat der Gemeinderat einen **Zuschuss in Höhe von 7.500,- €** an das DRK bewilligt.

Die großartige Unterstützung des DRK's bei dieser Ersatzbeschaffung durch eine Vielzahl von Spenden aus der Bevölkerung und von anderen Vereinen und Institutionen zeigt, dass dieses Engagement zugunsten schwerkranker und verletzter Menschen dringend gebraucht und sehr wertgeschätzt wird.

Zudem durfte der DRK-Ortsverein Engstingen-Hohenstein in diesem Jahr sein **50-jähriges Jubiläum** mit einem Jubiläumswochenende feiern. Viele Gratulanten aus nah und fern ließen es sich nicht nehmen, dem DRK zu diesem besonderen Jubiläum recht herzlich zu gratulieren und für die geleistete Arbeit zu danken.

Ebenso hat der Gemeinderat mit dem Beschluss zu **Verlängerung des Nutzungsvertrags zur Nutzung des Backhauses Kleinengstingen** dem DRK-Ortsverein eine zuverlässige Perspektive für die kommenden Jahre gegeben.

Weiter gekommen sind wir auch bei einzelnen Projekten im Bereich des **Klimaschutzes**:

Das **Mobilitätsprojekt „LandMobil“** wurde in diesem Jahr abgeschlossen und mit der Firma Lime wurde ein eigenwirtschaftlicher Betrieb von **E-Scootern** getestet. Ob das Angebot weiterhin aufrecht erhalten werden soll oder nicht, wird den Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen des neuen Jahres beschäftigen. Ebenso konnte unsere **E-Car-**

Sharing-Station zusammen mit der Firma deer in der Meidelstetter Straße in Betrieb genommen werden. Damit gibt es nun auch in Engstingen die Möglichkeit sich ein E-Auto zu leihen und dieses Angebot zu nutzen.

Im kommenden Jahr sollen nun noch die mit Mitteln aus diesem Projekt beschafften **Fahrradservicestationen** an verschiedenen Stellen in der Gemeinde installiert werden.

Mit Herrn **Philipp Frenz** kümmert sich nun auch seit September unser neuer und vom Bund geförderter **Klimaschutzmanager** um die verschiedenen Themen in diesem Bereich.

Ein wichtiger Meilenstein war auch die Fertigstellung sowie die Beschlussfassung des **Radverkehrskonzepts** der Gemeinde. Dank der Mitwirkung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern konnte für die Gemeinde ein gutes Konzept zur Verbesserung des Radverkehrs erstellt werden, welches auch eine wichtige Grundlage für die Umsetzung von Maßnahmen und für die weiteren Gespräche und Verhandlungen mit den Straßenbaubehörden beim Regierungspräsidium und beim Landratsamt ist.

Die Erstellung eines Konzepts für eine ab 2028 ohnehin notwendig werdende kommunale **Wärmeplanung** hat der Gemeinderat in seiner Sitzung im November beschlossen. Wir wollten mit der Antragstellung in diesem Jahr noch eine Förderquote von 100 % erreichen. Ob dies nach dem plötzlichen Stopp sämtlicher Förderprogramme des Bundes auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November zur Verfassungswidrigkeit des Bundeshaushalts überhaupt noch möglich ist, erscheint derzeit mehr als fraglich. Nach den unangekündigten Stopps der KfW-Bau-Förderprogramme Ende Januar 2022 und der Breitbandförderung im Oktober 2022 ist dies nun die dritte, unerwartete und unangekündigte Vollbremsung der Bundesregierung bei wichtigen Förderprogrammen innerhalb kurzer Zeit. Zwar wurden die Förderprogramme anschließend neu und mit jeweils veränderten und strengeren Rahmenbedingungen wieder aufgesetzt, mit solchen Aktionen stellt der Staat jedoch einmal mehr, das Vertrauen der Städte und Gemeinden aber auch der Bürgerinnen und Bürger auf eine harte Probe.

Sehr kontrovers diskutiert wurde in diesem Jahr im Gemeinderat wieder das Thema **Kinderbetreuung**. Die Herausforderungen, die in diesem Bereich an die Gemeinde und an die freien Träger inzwischen gestellt werden, wachsen von Jahr zu Jahr und gleichzeitig machen sich Personal- und Fachkräftemangel in diesem Bereich ganz besonders bemerkbar. Mehrheitlich hat der Gemeinderat die Fortführung der Planung zur Erweiterung des Kindergartens Kleinengstingen beschlossen, ein Baubeschluss zur tatsächlichen Realisierung eines solchen Millionenprojekts ist damit jedoch noch nicht verbunden. Auch wenn es manch einer vielleicht anders sieht: Wir werden auch in den kommenden Jahren nicht umher kommen, weitere Platzkapazitäten im Bereich der Kinderbetreuung zu schaffen, wenn wir dauerhaft und verlässlich den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr erfüllen wollen. Wie das am besten gelingen kann, darüber können wir gerne diskutieren. Über die bestehende Notwendigkeit hierzu jedoch nicht!

Einer verlässlichen und strukturierten Ganztagesbetreuung im Kindergarten folgt nun ab 2026 ein **Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule**.

Dass sich dieses Betreuungsmodell in der Grundschule fortsetzen muss, wenn sich berufstätige Eltern bereits im Kindergarten darauf eingestellt haben, ist klar und einleuchtend.

Wie hingegen das Land bei diesem Thema agiert ist aus kommunaler Sicht völlig unverständlich, da zwar bereits ein Rechtsanspruch für Klasse 1 ab dem 01.01.2026 formuliert und festgeschrieben wurde, Vorgaben oder Hinweise zur baulichen Umsetzung und vor allem zur Finanzierung dieses Rechtsanspruchs fehlen aber noch vollständig.

Das heißt, zwei Jahre, bevor dieser Rechtsanspruch einklagbar wird, fehlen die wesentlichsten Informationen zur baulichen Ausgestaltung und zu den finanziellen Rahmenbedingungen. Planen oder gar Bauen wird hierdurch nahezu unmöglich, wenn man als Gemeinde nicht gefahrlos will, auf Grund eines vorzeitigen Baubeginns Fördermittel zu verlieren oder zu riskieren.

Ich hoffe sehr, dass der Fördertopf zum Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen dann auch reichlich gefüllt sein wird und zeitgleich für hoffentlich alle Städte und Gemeinden und deren Ausbauprojekte ausreicht. Man könnte vielleicht darauf kommen, dass das gar nicht so einfach wird...

Mit der Anpassung und einer damit verbundenen **Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer** zum 01.01.2024 haben wir uns ebenfalls im Gemeinderat erst kürzlich befasst. Die sehr kontrovers geführte Diskussion hat gezeigt, dass diese Entscheidung niemanden leichtgefallen ist und auch keine Freude bereitet. Eine maßvolle Erhöhung der Hebesätze, nach dem diese teilweise fast 20 Jahre unverändert geblieben sind, zeigt aus meiner Sicht jedoch deutlich, dass wir mit dem Thema nicht leichtfertig umgehen, sondern dass eine solche Maßnahme erst dann vorgeschlagen wird, wenn es aus Sicht der Verwaltung notwendig und geboten ist.

Viele Kostensteigerungen konnten wir in den vergangenen Jahren durch eine sparsame, wirtschaftliche und vorausschauende Haushaltsführung in den laufenden Haushalten abfedern. Bei den hohen Energiepreisen, der anhaltenden Inflation, einer deutlich erhöhten Kreisumlage und den steigenden Personalkosten lässt sich jedoch nicht mehr alles einfach nur „rausschwitzen“. Den Vorschlag aus der Mitte des Gemeinderates zur Prüfung von Sparmaßnahmen im kommenden Haushalt nehmen wir gerne auf. Wir werden jedoch schnell feststellen, dass wir im Bereich der Ausgaben für freiwillige Leistungen und Aufgaben nur sehr wenig Stellschrauben haben, an denen wir wirklich etwas drehen, bzw. einsparen können.

So langsam spürbar sind auch die Vorwehen der anstehenden **Kommunalwahl 2024** und ich befürchte, dass sich diese Vorwahl-Stimmung in den kommenden Wochen und Monaten immer stärker auf die anstehenden Beratungen und

Entscheidungen im Gemeinderat auswirken wird. Ich hoffe und ich wünsche mir sehr, dass es uns dennoch gelingt, die anstehenden Themen sachlich und ohne unnötige Schärfe zu diskutieren und zu entscheiden.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2024 hat sich der Gemeinderat in zwei Sitzungen intensiv mit dem Thema „**unechte Teilortswahl**“ und damit mit der Frage beschäftigt, ob es im Gemeinderat auch weiterhin eine feste Sitzverteilung auf die drei Ortsteile geben soll.

Seitens der Befürworter für die Beibehaltung der unechten Teilortswahl wurde argumentiert, dass auch künftig unbedingt alle Ortsteile garantiert im Gemeinderat vertreten sein sollen, seitens der Befürworter zur Abschaffung der unechten Teilortswahl wurde die Auffassung vertreten, dass das komplizierte Wahlsystem nach fast 50 Jahren Gemeindereform zu Gunsten einer demokratischeren Sitzverteilung nach Wählerstimmen und nicht nach Ortsteilproporz abgeschafft werden könnte.

Letztlich hat der Gemeinderat mehrheitlich entschieden, das bisherige Wahlsystem und damit die unechte Teilortswahl beizubehalten und auch die kommende Kommunalwahl nach diesem Wahlmodus durchzuführen. Es bleibt abzuwarten, welche Ergebnisse eine genauere Analyse der Wahl im Hinblick auf die Wahlbeteiligung sowie die Zahl an Fehlstimmen in den jeweiligen Ortsteilen bringen wird.

Ich möchte im Übrigen ausdrücklich dafür werben und dazu auffordern, dass sich genügend Bürgerinnen und Bürger bei der anstehenden Kommunalwahl zur Wahl stellen. Eine Kandidatur für eine Wahl ist, neben der Ausübung des Wahlrechts selber, eine der besten Möglichkeiten an einem demokratischen Prozess direkt mitzuwirken und unser Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass Menschen aus unserer Gemeinde für ihre Gemeinde Verantwortung übernehmen.

Frei nach dem bekannten Zitat von John F. Kennedy:

„Frage nicht, was die Gemeinde für Dich tun kann, sondern frage, was Du für Deine Gemeinde tun kannst.“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch wenn die Rahmenbedingungen nach wie vor schwierig sind, so möchte ich dennoch zum Jahresende gerne die Gelegenheit dazu nutzen, um mich bei all denjenigen zu bedanken, die durch ihr ehrenamtliches Engagement in den vielen Vereinen, Kirchen, Organisationen und Institutionen in unserer Gemeinde dazu beitragen, dass das Leben in unserer Gemeinde erst lebenswert wird.

Durch die vielen, verschiedenen Aktionen, Feste und Veranstaltungen das ganze Jahr über hinweg wird das Leben in unserer Gemeinde attraktiv und vor allem lebendig.

Herzlichen Dank an alle, die sich ehrenamtlich für den Schutz und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger engagieren und vielen Dank auch besonders an all jene, die sich durch ihr soziales Engagement den Schwächeren und Schwächsten in unserer Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise widmen.

Mein weiterer Dank geht, wie in jedem Jahr, auch an die Kindergärten und Schulen, die sich mit ihrer Arbeit bestens darum kümmern, dass bereits unsere jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner schon früh in ihrer Entwicklung gefördert und gut betreut werden.

Bedanken darf ich mich auch bei Ihnen, den Damen und Herren des Gemeinderates, bei meinen Stellvertretern Martin Staneker und Josef Leippert sowie bei den Herren Ortsvorstehern Ulrich Kaufmann und Martin Mauser sowie dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Großengstinger Gemeinderäte Herrn Anton Hummel. Herzlichen Dank auch den Damen und Herren Ortschaftsräten für die gute und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde. Abschließend möchte ich mich auch ganz herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in allen Bereichen der Gemeinde für ihre hervorragende und engagierte Arbeit im vergangenen Jahr sowie für die erhaltene Unterstützung bedanken.

Ich wünsche Ihnen und uns allen nun ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gutes, gesundes und hoffentlich friedliches neues Jahr 2024. Auf dass es hoffentlich nicht nur ein frommer Wunsch bleiben, sondern tatsächlich auch eintreten möge.

Vielen Dank.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Mario Storz
Bürgermeister